



©Amnesty France

<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2023/03/israel-opt-200k-people-demand-an-end-to-israels-apartheid/>

## **NEWS – MÄRZ 2023**

21. März 2023

### **ISRAEL / BESETZTE PALÄSTINENSISCHE GEBIETE (OPT): 200.000 Menschen verlangen von Israel Ende der Apartheid**

Heute, am 21. März 2023, werden die Büros von Amnesty International aus der ganzen Welt den israelischen Behörden Petitionen übergeben, die von mehr als 200.000 Menschen unterzeichnet wurden. Als einen ersten Schritt zum Abbau des israelischen Systems der Apartheid rufen sie Israels Behörden darin auf, den Abriss palästinensischer Wohnhäuser ein Ende zu setzen. Amnesty Internationals Petition *Demolish Apartheid, Not Palestinian Homes* ist an den israelischen Premierminister Benjamin Netanyahu gerichtet und von Menschen aus mindestens 174 Ländern unterschrieben worden.

Die Unterschriften werden am Internationalen Tag zur Beseitigung der Rassendiskriminierung übergeben, den die Internationale Gemeinschaft im Gedenken an 69 friedliche Anti-Apartheid-Demonstranten begeht, die am 21. März 1960 von der südafrikanischen Polizei getötet wurden.



©Amnesty France

*Unterzeichnete Petitionen, die aus der Schweiz geschickt werden.*

**„Am heutigen Tag wird unsere Forderung nach einem Ende der Apartheid von mehr als 200.000 Menschen aus zahlreichen Ländern auf der ganzen Welt unterstützt.“**

**Heba Morayef, Leiterin der Regionalabteilung Nahost und Nordafrika bei Amnesty International**

*„Israels diskriminierende Planungsstrategien und seine systematische Zerstörung palästinensischer Wohngebäude versinnbildlichen beispielhaft den Rassismus im Herzen seines grausamen Systems der Apartheid. Seit Jahrzehnten verfolgen die israelischen Behörden ihre ausdrücklich rassistischen demographischen Ziele, indem sie Palästinenser\*innen aus ihren Wohnhäusern zwingen und sie von ihren Landgrundstücken vertreiben. [Über 400 Palästinenser\\*innen](#) sind seit Anfang des Jahres 2023 bereits durch Hausabrisse vertrieben worden und Hundertausenden weiteren Menschen droht ein ähnliches Schicksal“, erläuterte Heba Morayef, die Leiterin der Regionalabteilung Nahost und Nordafrika bei Amnesty International*

*„Die [Apartheid ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit](#) und eine schwerwiegende Verletzung der Menschenrechte, und die Internationale Gemeinschaft sollte endlich ihrem Gewissen folgen und die israelischen Behörden dafür zur Rechenschaft ziehen. Die Forderung von Amnesty International nach einem Ende dieses Unrechts wird von 203.410 Menschen aus Ländern auf der ganzen Welt unterstützt. Diese Solidarität erinnert auch daran, dass der Chor der Stimmen, die sich gegen das israelische Apartheid-System aussprechen, immer lauter wird. Und wir werden nicht schweigen bis die Apartheid abgebaut ist und die israelischen Behörden zur Rechenschaft gezogen worden sind.“*



Benjamin Netanyahu,  
Prime Minister of Israël  
Prime Minister's office, Kiryat  
Ben Gurion, Binyan Gurion

Jerusalem 9195017

Israël

STOP  
APARTHEID

©Amnesty France

## *Petitionen aus Frankreich*

Da der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen sich in einer Sitzungsphase befindet, fordert Amnesty International die Mitgliedsstaaten auf, alle Entscheidungen und Resolutionen zu unterstützen, die auf die Beendigung des israelischen Systems der Apartheid abzielen. Das beinhaltet auch, dass die Finanzierung für die Datenbank der Vereinten Nationen erneuert wird, in der all jene Unternehmen aufgelistet sind, die an Aktivitäten innerhalb oder mit illegalen Siedlungen beteiligt sind. Die Staaten müssen zudem ihren rechtlichen Verpflichtungen Genüge tun und Maßnahmen ergreifen, um Israel für seine Verstöße zur Rechenschaft zu ziehen, auch anhand der Allgemeinen Periodischen Überprüfung, die im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen für den 9. Mai 2023 ansteht. Amnesty International erneuert außerdem ihre Forderung an alle Staaten, die israelischen Behörden dahingehend unter Druck zu setzen, dass sie die Hauszerstörungen, die Zwangsvertreibungen und die Siedlungsexpansion beenden; die Blockade des Gazastreifens muss aufgehoben und die Straflosigkeit für rechtswidrige Übergriffe auf Palästinenser\*innen durch Militär und Siedler gestoppt werden.